



Informationen aus Berlin

07.04.2006



Zum Thema Erdkabel-Verlegung

Der Kabinettsentwurf für ein Gesetz zur Beschleunigung von Planungsvorhaben für Infrastrukturvorhaben sieht im Artikel 8 eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes vom 7. Juli 2005 vor.

In § 45b dieses Entwurfes werden neu Planfeststellungsverfahren für Erdkabel nach Maßgabe des Beschleunigungsgesetzes geregelt. Allerdings sollen diese Bestimmungen nur für 10% vom im Gesetz bezeichneten Neubaustrecken gelten und nur auf Antrag des Energieversorgungsunternehmens möglich sein.

Im Kabinettsentwurf sind acht Neubaustrecken mit 850 km Gesamtlänge aufgeführt. Die Strecke Ganderkesee-Wehrendorf (über St. Hülfe - Diepholz) ist darin mit enthalten. Es wäre also grundsätzlich möglich, im Planfeststellungsverfahren das Erdkabel mit zu berücksichtigen. Dieses ist aus meiner Sicht ein erster und wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Im Rahmen des beginnenden Gesetzgebungsverfahrens werde ich gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion versuchen, noch eine Präzisierung der Bestimmungen für die Erdverkabelung zu erreichen.

Dabei geht es um folgende Punkte:

Der Netzausbau auf den Spannungsebenen 220/ 380 KV soll grundsätzlich in sensiblen Gebieten als Erdkabel erfolgen. Sensible Gebiete sind dabei: Wohnsiedlungen, Naturschutzgebiete und Landschaftsschutzgebiete. Zu diesem Zweck kann die Planfeststellungsbehörde dem Vorhabenträger im Rahmen der Planfeststellung aufgeben, ein Erdkabel anstelle einer Freileitung zu verlegen.

Der Erdkabelausbau wird finanziert, indem die Mehrkosten auf die Nutzungsentgelte umgelegt werden können.

Die Bundesnetzagentur (BNA) hat sicherzustellen, dass der notwendige Netzausbau schnell umgesetzt wird. Hierzu kann die BNA darüber entscheiden, dass die Mehrkosten auch außerhalb der sensiblen Gebiete umlagefähig sind, sofern es für den unverzüglichen Netzausbau erforderlich ist. Darüber hinaus kann die BNA den notwendigen Netzausbau durch Dritte durchführen lassen, wenn die Netzbetreiber ihrer gesetzlichen Pflicht zum unverzüglichen Netzausbau nicht nachkommen.

Rolf Kramer

Mitglied des Deutschen Bundestages
für den Wahlkreis Diepholz-Nienburg I
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: (030) 227-73659 Fax: (030) 227-76658
Email: Rolf.Kramer@bundestag.de
Homepage: www.rolfkramer-bundestag.de